

Studium mit Staatsknete

Bafög. Vor genau 40 Jahren trat das Bundesausbildungsförderungsgesetz in Kraft. Seitdem haben Studenten einen Rechtsanspruch auf finanzielle Unterstützung. Doch vielen Hochschülern reicht das allein zum Leben und Lernen nicht aus. Die meisten jobben deshalb nebenher oder lassen sich von ihren Eltern unterstützen.

Thomas Gottschalk hat es bekommen, Renate Künast und Annette Schavan ebenso: Bafög. So wie weitere vier Millionen Menschen, die damit in den vergangenen 40 Jahren ihr Studium finanzierten. „Jeder junge Mensch muss unabhängig vom Geldbeutel der Eltern studieren können“, hatte Bundeskanzler Willy Brandt bei der Einführung der Aus-

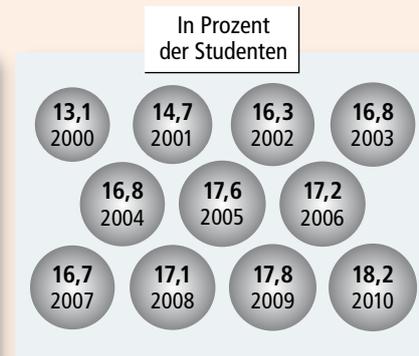
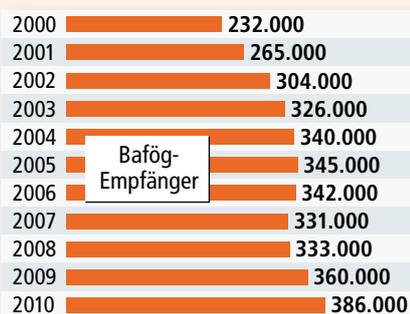
bildungsbeihilfe gesagt. Ganz so ist es zwar noch nicht, doch dank Bafög ist Deutschland dem Ideal der Bildungsgerechtigkeit immerhin etwas näher gekommen.

Das „Bundesausbildungsförderungsgesetz“, kurz Bafög, ist am 1. September 1971 in Kraft getreten. Bereits einen Monat später erhielten die ersten Studenten ihr Geld und

schon ein Jahr danach kamen beinahe 45 Prozent der Hochschüler in den Genuss des Bafögs – ein bis heute unerreichter Höchststand. Damals war das Bafög noch ein hundertprozentiger Zuschuss, die Empfänger mussten nicht eine einzige Mark zurückzahlen.

Von Beginn an war das Bafög ein Gemeinschaftswerk: 65 Prozent der Kosten trägt der Bund, 35 Prozent steuern die Länder bei. Die enorme Nachfrage nach dieser Studienfinanzierung und die wirtschaftliche Entwicklung veranlasste die Politik jedoch schon bald, einen Darle- →

Bafög: Stütze für's Studium



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwd 35

Inhalt

Mecklenburg-Vorpommern: Am 4. September wird im wirtschaftlich schwächsten Bundesland gewählt.
Seite 3

Technologische Dienstleistungen: Auf sie entfällt ein Viertel aller Einnahmen aus Serviceexporten.
Seite 4

Bundeshaushalt: Bislang ist erst ein Drittel der vorgesehenen Einsparungen bzw. Mehreinnahmen gesichert.
Seite 5

Energieeffizienz: Bis 2020 soll in Deutschland ein Fünftel weniger Energie verbraucht werden als 1990.
Seite 6

Musikindustrie: Obwohl der Absatz wieder leicht steigt, sinken die Umsätze der Musikunternehmen in Deutschland.
Seite 7

Personalpolitik: Das Handbuch „PersonalKompass“ hilft Unternehmen z. B. beim Meistern des Demografieproblems.
Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

→ hentsanteil einzuführen. Zwischen 1983 und 1990 war das Bafög sogar ein Vollkredit, das die Studenten komplett zurückzahlen mussten. Seit Herbst 1990 wird das Bafög wieder zur Hälfte als Zuschuss gewährt. Das Interesse an der Unterstützung ist groß (Grafik Seite 1):

Im Wintersemester 2009/2010 bekamen mehr als 18 Prozent der Studenten Bafög – zehn Jahre zuvor waren es lediglich 13 Prozent.

Der finanzielle Aufwand hat sich im selben Zeitraum sogar verdoppelt: Gab der Staat für die Förderung der Studenten im Jahr 2000 rund 907 Millionen Euro aus, waren es 2010 schon mehr als 2 Milliarden Euro. Das liegt zum einen an der wachsenden Studierneigung, zum anderen aber auch an den steigenden Lebenshaltungskosten, die sich wiederum in den Bafög-Sätzen niederschlagen:

Im Jahr 2000 bekamen die Bafög-Bezieher durchschnittlich 326 Euro pro Monat, 2010 waren es 436 Euro.

Doch selbst, wer den Höchstsatz von derzeit 670 Euro pro Monat

erhält, hat eine Lücke im Budget: Das durchschnittliche Monatseinkommen von Studenten lag laut Deutschem Studentenwerk zuletzt nämlich bei 812 Euro. Viele Studenten, vor allem solche aus weniger vermögenden Elternhäusern, jobben während des Studiums (Grafik). Nicht zuletzt gehört aber auch das Geld der Eltern, das regelmäßig auf dem Studentenkonto landet, zum Einkommen dazu.

Bekamen bislang noch besonders gute oder schnelle Studenten bis zu 25 Prozent ihrer Bafögschulden erlassen, ist damit allerdings bald Schluss: Die jüngste Bafög-Reform gewährt diesen Rabatt nur noch Absolventen, die bis Ende 2012 ihr Studium erfolgreich beenden.

Neben dem Bafög gibt es noch eine ganze Reihe von Maßnahmen – die Studienfinanzierung komplettieren: das Kindergeld, die studentische Krankenversicherung oder steuerliche Ausbildungsfreibeträge. Diese Vielzahl von Unterstützungs-

leistungen könnte man zusammenführen – etwa zu einem erweiterten Bafög, für das die Spitzenverbände der Wirtschaft schon seit 2007 plädieren.

Ein solch erweitertes Bafög könnte auch dazu genutzt werden, dem von Willy Brandt formulierten Ziel näherzukommen. Denn das ist auch 40 Jahre nach der Einführung des Bafögs immer noch nicht erreicht: Von 100 Kindern aus Akademikerfamilien studieren durchschnittlich 71, beim Nachwuchs aus Nicht-Akademikerhaushalten sind es gerade mal 24.

Auslands-Bafög

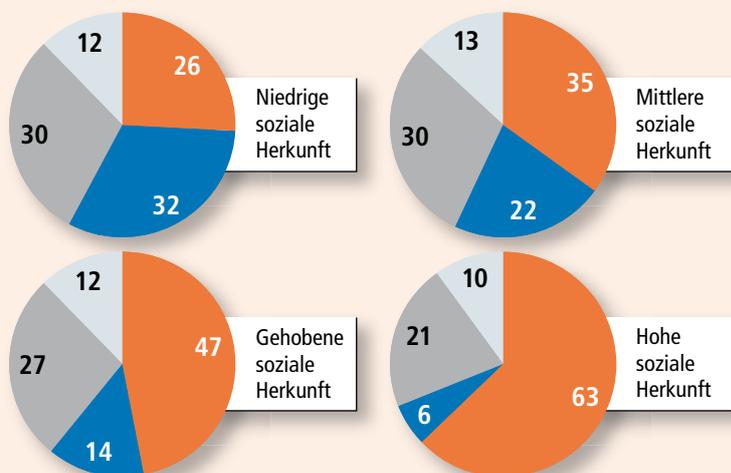
Hongkong oder Harvard, Oxford oder Oslo? Wer für mindestens ein Semester oder sechs Monate zum Studium ins Ausland geht, ein Praktikum machen möchte oder an einem Schüleraustausch samt Schulbesuch vor Ort teilnimmt, kann Auslands-Bafög beantragen. Weil die Bedarfsätze für das Ausland höher sind als beim regulären Bafög, können auch jene Studenten förderberechtigt sein, die ansonsten aufgrund des elterlichen Einkommens leer ausgehen.

Die exakte Fördersumme ist abhängig davon, wohin die Reise geht – so orientieren sich alle Auslandszuschläge außerhalb der EU und der Schweiz an § 55 des Bundesbesoldungsgesetzes und werden halbjährlich aktualisiert. Auch Reisekosten und Studiengebühren finanziert das Auslands-Bafög mit – so werden etwa bis zu 4.600 Euro Studiengebühren im Jahr als Zuschuss gezahlt. Wie das normale Bafög ist auch das Auslands-Bafög zur einen Hälfte ein Zuschuss und zur anderen Hälfte ein zinsloses Darlehen. Lediglich das Schüler-Bafög braucht nicht zurückgezahlt zu werden. Seit 1974 haben mehr als 250.000 Studenten einen Teil ihres Studiums mithilfe des Auslands-Bafögs finanziert.

Bafög: Nur ein Teil des Budgets

Aus diesen Quellen setzt sich das Budget der Studenten zusammen, in Prozent

■ Eltern ■ Bafög ■ Verdienst ■ Übrige Quellen



Stand: 2009
Herkunft: nach beruflicher Stellung und Ausbildungsabschluss der Eltern; Übrige Quellen: Eigenes Vermögen, Zuwendungen von Verwandten/Bekanntem, Waisenrenten, Stipendien, Darlehen
Quelle: Deutsches Studentenwerk

Seebäder boomen – Werften leiden

Mecklenburg-Vorpommern. Am 4. September wird im wirtschaftlich schwächsten Bundesland der Landtag gewählt. Ob die neue Regierung das Land endlich auf Wachstumskurs bringen kann, ist aber mehr als fraglich. Zu schwach ist die Wirtschaftsstruktur.

Volle Cafés, ausgebuchte Pensionen und Postkartenmotive allenthalben – wer Mecklenburg-Vorpommern bereist, könnte meinen, hier sei die Welt in Ordnung. Doch weit gefehlt. Hinter den weißen Klippen von Rügen herrscht Tristesse:

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner ist mit 21.700 Euro das geringste Deutschlands.

Die Arbeitslosenquote war im Juli 2011 mit 11,7 Prozent die höchste unter den Flächenländern – und sie ist im Vergleich zum Vorjahr sogar weiter gestiegen.

In den übrigen ostdeutschen Flächenstaaten sind dagegen die Arbeitslosenquoten deutlich gesunken, sie nähern sich dem einstelligen Bereich. Thüringen hat sogar bereits die 9-Prozent-Marke unterschritten.

Die Industrie zwischen Ludwigslust und Ahlbeck trägt zur Wirtschaftsleistung des Bundeslandes nur 10 Prozent bei – der niedrigste Anteil in Deutschland. Im Bundesdurchschnitt ist er doppelt so hoch.

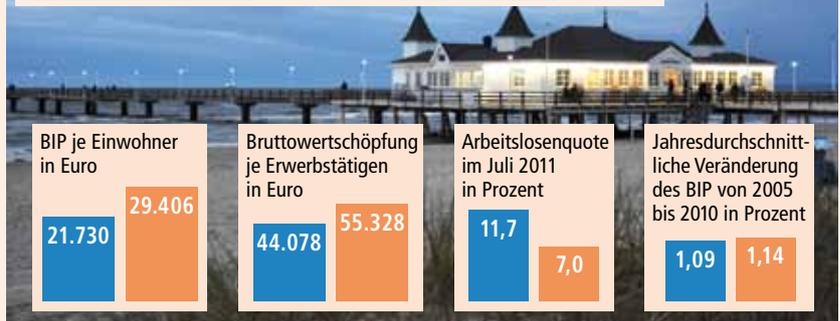
Der Aufschwung ist an Mecklenburg-Vorpommern vorbeigegangen. Das BIP wuchs dort 2010 nur um magere 0,3 Prozent, das Nachbarland Schleswig-Holstein kam auf ein Plus von 2,3 Prozent.

Die Wirtschaftspolitik hat lange falsche Prioritäten gesetzt. Seit der Wende haben die Regierungen in

Mecklenburg-Vorpommern: Schön, aber schwach

2010 ■ Mecklenburg-Vorpommern ■ Deutschland
□ Anteil Mecklenburg-Vorpommern an Deutschland in Prozent

	Mecklenburg-Vorpommern	Deutschland	Anteil Mecklenburg-Vorpommern an Deutschland in Prozent
Einwohner in 1.000	1.647	81.751	2,0
Erwerbstätige in 1.000	728	40.483	1,8
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Milliarden Euro	35,8	2.498,8	1,4



Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (VGR), Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 35

Schwerin die maritimen Branchen mit Milliarden gepöppelt, statt in neue Industrien zu investieren. Genutzt hat es wenig. Die Werften in Rostock, Wismar und Stralsund strichen unlängst weitere Arbeitsplätze. Und auch für die Hersteller von Windkraftanlagen lief es zuletzt nicht mehr rund.

Die Demografie bereitet den Politikern ebenfalls Kopfschmerzen. Die Bevölkerungszahl ist seit 1991 um 14 Prozent auf nur noch 1,65 Millionen gesunken; in den kommenden Jahren wird sich der Abwärtstrend beschleunigen. Denn junge Paare, die Kinder bekommen können, sind längst abgewandert. Dass die Arbeitslosenquote mangels Bevölkerung mittelfristig abnimmt, ist nur ein schwacher Trost.

Die Schulabbrecherquote ist mit 12 Prozent die höchste in Deutschland. Das führt zu der paradoxen Situation, dass trotz der hohen Ar-

beitslosigkeit der Bedarf an Fachkräften nicht gedeckt werden kann. Verstärkt wird der Mangel an Qualifizierten dadurch, dass in Mecklenburg-Vorpommern nur jeder fünfte junge Mensch einen Hochschulabschluss macht – auch hier ist das Land Schlusslicht.

Ein Lichtblick ist die Entwicklung im Tourismus. Mit 1.670 Übernachtungen je 100 Einwohner – deutschlandweit sind es 465 – liegt der Ostseeanrainer inzwischen unangefochten an der Spitze der deutschen Urlaubsregionen.

Ein anderer Pluspunkt ist, dass es das Küstenland 2007 und 2008 geschafft hatte, Schulden abzubauen. Insgesamt wurden 340 Millionen Euro zurückgezahlt. Auch in diesem Jahr dürften Überschüsse drin sein – nicht zuletzt dank einer Reform, die zur Landtagswahl in Kraft tritt: Dann werden zahlreiche Kreise zusammgelegt, um Verwaltungskosten zu sparen.

Grenzenloser Service

Technologische Dienstleistungen. Deutschlands Außenhandel mit immateriellen Gütern ist in den vergangenen zehn Jahren schneller gewachsen als der Warenhandel. Dazu haben vor allem die sogenannten technologischen Dienstleistungen beigetragen. Auf sie entfällt inzwischen fast ein Viertel aller Einnahmen aus den Serviceexporten.

Immer wenn das Fernsehen über die deutschen Exporterfolge berichtet, bekommen die Zuschauer Bilder von Autos, Maschinen und anderen Waren zu sehen, die auf riesigen Containerschiffen ihre Reise ins Ausland antreten. Und tatsächlich: 85 Prozent aller deutschen Ausfuhren im vergangenen Jahr waren handfeste Industrieprodukte.

Der vermeintlich kleine Rest von 15 Prozent entfiel auf den Handel mit Dienstleistungen. Dieser hat jedoch in den vergangenen Jahren eine Dynamik entwickelt, von der selbst die erfolgsverwöhnten Warenexporteure nur träumen können:

Die deutschen Einnahmen aus dem grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen stiegen von 2000 bis 2010 um 86 Prozent – bei den Waren ausfuhren waren es „lediglich“ 64 Prozent.

Noch mehr, nämlich um gut 180 Prozent auf fast 42 Milliarden Euro, stiegen die Exporteinnahmen aus dem Verkauf von technologischen Dienstleistungen (Kasten). Damit machen Patente, EDV-Leistungen und Forschungsaktivitäten inzwischen fast ein Viertel aller deutschen

Technologische Dienstleistungen

Dazu gehören Forschungs- und Entwicklungsleistungen, der Handel mit und die Nutzung von Patenten, Lizenzen und Erfindungen sowie EDV-Dienste – etwa die Datenverarbeitung sowie die Erstellung betriebsfertiger EDV-Systeme und kundenspezifischer Software. Auch die Dienstleistungen von Ingenieuren, Architekten und anderen technischen Fachkräften zählen zu dieser Service-sparte.

Dienstleistungsausfuhren von 181 Milliarden Euro aus.

Das florierende Geschäft mit technologischen Diensten poliert außerdem die deutsche Servicebilanz kräftig auf. Zwar schreibt die Bundesrepublik im Dienstleistungshandel unterm Strich nach wie vor rote Zahlen – wofür in erster Linie die Reiselust der Bundesbürger verantwortlich ist. Weil aber die technischen Sparten im Jahr 2010 einen Exportüberschuss von rund 7,2 Milliarden Euro erwirtschaftet haben – vor zehn Jahren stand auch hier noch ein Defizit von 5 Milliarden Euro zu Buche –, fällt das Minus nicht mehr ganz so groß aus.

Besonders begehrt sind deutsche Patente und Lizenzen: Mit ihnen wuchs das Auslandsgeschäft zwischen 2000 und 2010 um rund 240 Prozent (Grafik). Fast ebenso stark zulegen konnten die Ingenieur- und sonstigen technischen Dienstleistungen sowie die EDV-Leistungen.

Knapp ein Viertel der Einnahmen aus dem technologischen Dienstleistungshandel geht auf das Konto der EDV-Branche. Aber auch die Automobilindustrie (13 Prozent) und die Chemische Industrie (11 Prozent) verkaufen entsprechende Serviceleistungen an ihre Kunden im Ausland.

Dienstleistungen: Deutsches Know-how im Ausland gefragt

Einnahmen Deutschlands im grenzüberschreitenden Dienstleistungshandel im Jahr 2010
in Milliarden Euro

Versicherungsleistungen	4,6	592
Werbe- und Messekosten	4,4	258
Patente und Lizenzen	10,7	239
Ingenieur- und sonstige technische Dienstleistungen	9,3	214
EDV-Leistungen	12,3	199
Kaufmännische Dienstleistungen	11,2	193
Kommunikationsdienstleistungen	4,1	159
Finanzdienstleistungen	8,9	131
Forschung und Entwicklung	9,4	111
Bauleistungen usw. deutscher Firmen im Ausland	8,7	93
Transportleistungen	45,1	88
Reiseverkehr	26,2	29
Sonstige Dienstleistungen	26,1	44
Insgesamt	181,0	95

Zunahme gegenüber 2000 in Prozent

Erst ein Drittel geschafft

Bundeshaushalt. Das im Sommer 2010 von der Bundesregierung verabschiedete Sparpaket beeindruckt durch sein gewaltiges Volumen von 90 Milliarden Euro. Doch Pläne sind das eine, ihre Umsetzung in die Praxis das andere. Bislang ist jedenfalls erst ein Drittel der vorgesehenen Einsparungen bzw. Mehreinnahmen gesichert.

Die schwarz-gelbe Koalition war ehrgeizig: Um die Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten, beschloss das Kabinett im Sommer 2010 ein Sparpaket, das den Bundeshaushalt bis Ende 2014 insgesamt um nahezu 90 Milliarden Euro entlasten soll. Ob das gelingt, ist allerdings zweifelhaft (Grafik):

Nach heutigem Stand kann der Bund lediglich Einsparungen bzw. Mehreinnahmen von knapp 30 Milliarden Euro als sicher verbuchen.

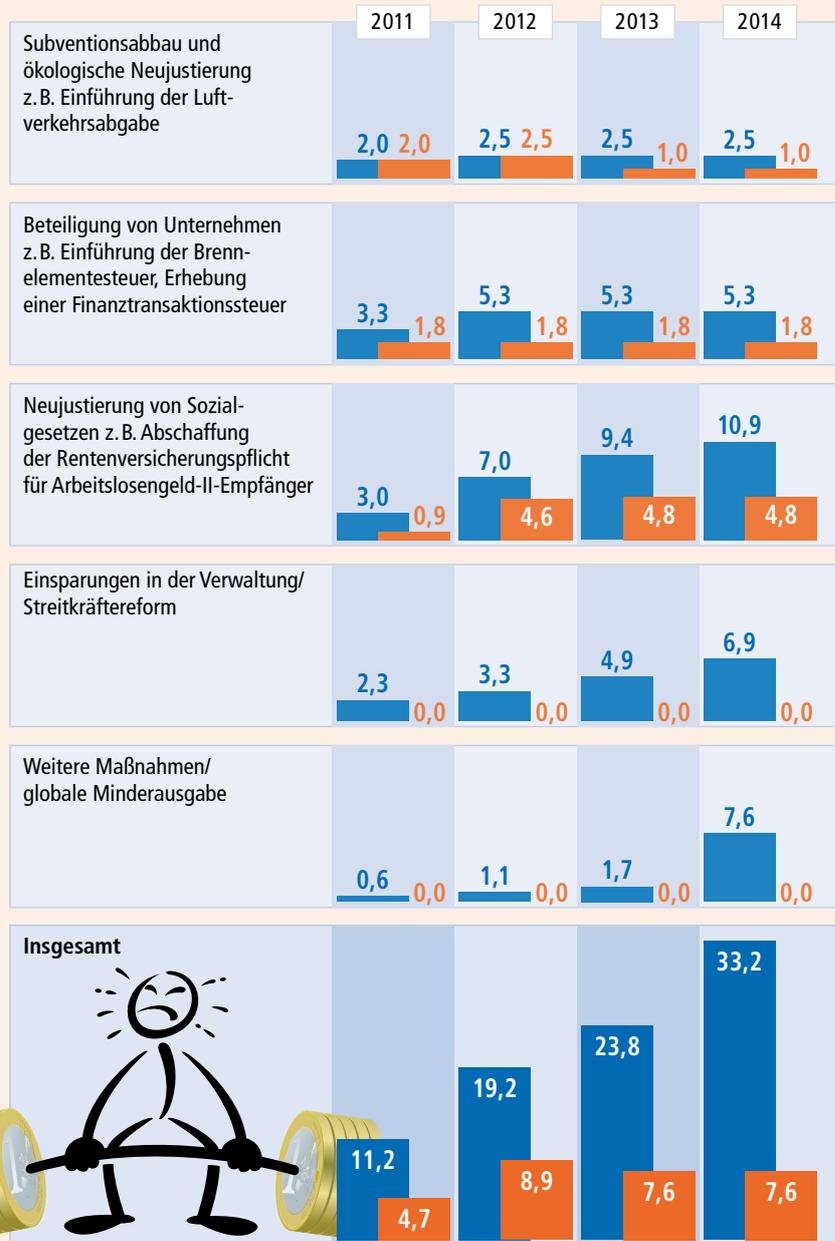
Erst ein Teil der geplanten Maßnahmen ist schon in Gesetze gegossen worden. Die Luftverkehrssteuer und der Abbau von Ökosteuervergünstigungen für Unternehmen zum Beispiel finden sich im Haushaltsbegleitgesetz 2011. Die bisherigen Einnahmen aus der Luftverkehrssteuer entsprechen sogar ziemlich genau dem, was im Sparpaket angesetzt war. Auch die Brennelementesteuer gibt es bereits – doch von den erhofften Zusatzeinnahmen von 2,3 Milliarden Euro pro Jahr fallen aufgrund des Atomausstiegs rund 1 Milliarde Euro weg.

Für die ebenso eingeplante Finanztransaktionssteuer liegt dagegen noch kein genaues Konzept vor. Sie soll EU-weit eingeführt werden, aber die angekündigten Empfeh-

Sparpaket: Längst nicht in trockenen Tüchern

Durch das Sparpaket 2010 will die Bundesregierung bis 2014 so viel Milliarden Euro einsparen bzw. mehr einnehmen

■ Davon sind bislang durch Gesetze so viel Milliarden Euro abgesichert



Ursprungsdaten: Bundesfinanzministerium, Bundesregierung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iw-d 35

lungen der EU-Kommission zum weiteren Vorgehen lassen auf sich warten. Für 2012 hat Bundesfinanzminister Schäuble daher die veranschlagten Einnahmen von 2 Milliarden Euro schon wieder aus dem Etat gestrichen.

Bei den Vorhaben ohne Gesetzesgrundlage ist der Erfolg sogar noch ungewisser. Dies gilt etwa für die

Ausgabenkürzungen in der Verwaltung. Auch die Streitkräftereform ist ein Wackelkandidat – die ab 2013 vorgesehenen Einsparungen wurden bereits um ein Jahr gestreckt. Und wie die Regierung die sogenannte globale Minderausgabe von 5,6 Milliarden Euro im Jahr 2014 erreichen will, ist nicht einmal im Ansatz erkennbar.

Weniger Einsatz, mehr Leistung

Energieeffizienz. Keine Atommeiler mehr, weniger Strom – alles kein Problem, dann muss eben die vorhandene Energie effizienter eingesetzt werden, heißt es. Doch wie das genau aussehen soll, dazu äußert sich die Bundesregierung nur vage. Die Industrie hat hier bereits einiges getan.

Die Pläne sind ehrgeizig: Bis 2020 soll in Deutschland ein Fünftel weniger Energie verbraucht werden als 1990; bis 2050 sogar nur noch halb so viel. Das Wirtschaftswachstum soll aber möglichst nicht darunter leiden. Daher muss, so das Energiekonzept der Bundesregierung, binnen der nächsten neun Jahre mit

einer Einheit Energie mindestens doppelt so viel produziert werden. Doch welche Sektoren wie viel dazu beitragen sollen, bleibt unklar.

Gut 29 Prozent der in Deutschland verbrauchten Energie entfallen auf den Verkehrssektor. Knapp dahinter rangieren die privaten Haushalte, gefolgt von der Industrie. In Sachen Energieeffizienz ist hier in den vergangenen 15 Jahren bereits einiges passiert.

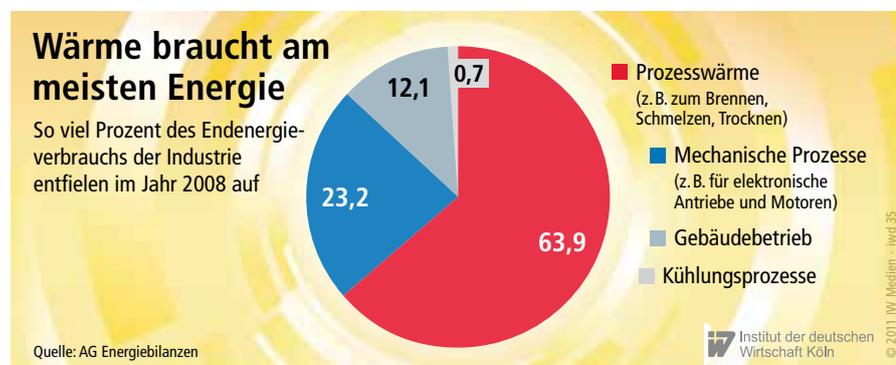
Die deutsche Industrie hat jedes Jahr mit derselben Menge Energie durchschnittlich 2,2 Prozent mehr produziert.

Im Umweltexpertenpanel des Instituts der deutschen Wirtschaft

Köln (IW) vom Juni dieses Jahres gaben etwa 95 Prozent der befragten Wirtschaftsvertreter an, dass ihre Unternehmen in den vergangenen zwei Jahren Maßnahmen zur effizienten Energieverwendung ergriffen haben – meistens im Bereich des Gebäudebetriebs (Grafik).

Rund 60 Prozent der Unternehmen haben auch ihre Produktionsprozesse unter die Lupe genommen. In der industriellen Fertigung wird Energie vor allem für Prozesswärme benötigt (Grafik). Besonders die Glas- und Steingutherstellung, die chemische Industrie, aber auch die Metallerzeugung brauchen leistungsstarke Öfen und Trockner. Moderne Brennertechnologien, eine bessere Wärmedämmung und die konsequente Nutzung von Abwärme helfen auch, fossile Energieträger wie Gas und Kohle zu sparen. Strom spielt bei der industriellen Prozesswärme eher eine untergeordnete Rolle. Er kommt vielmehr in mechanischen Produktionsprozessen zum Einsatz, also bei elektrischen Antrieben und motorbetriebenen Systemen, etwa Kompressoren.

Um alle Potenziale für einen effizienten Umgang mit Energie zu nutzen, ist ein Umwelt- und Energiemanagement hilfreich. Hier sind besonders die großen Unternehmen mit mehr als 10.000 Mitarbeitern aktiv. Während 80 Prozent dieser Betriebe bereits ihre Energieverwendung erfassen und kontrollieren, tut dies nur die Hälfte der kleinen Unternehmen. Informationskampagnen und die Förderung von Energieberatern könnten daher solchen Betrieben helfen, besser zu wirtschaften.



Im Netz spielt die Musik

Musikindustrie. Die digitale Welt zwingt die Branche dazu, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln. Denn obwohl der Absatz sogar leicht steigt, gehen die Umsätze aufgrund des Preisverfalls zurück.

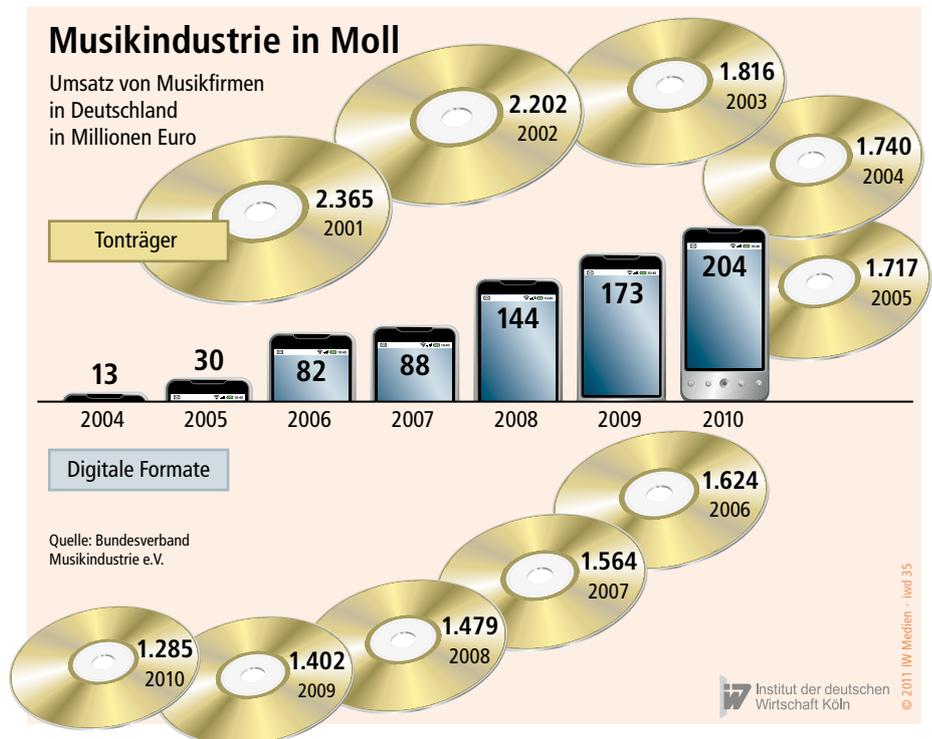
In den vergangenen zehn Jahren schrumpfte der Umsatz der Musikindustrie in Deutschland von knapp 2,4 Milliarden Euro auf 1,5 Milliarden Euro (Grafik). Allein im Jahr 2010 mussten die Unternehmen ein Minus von 5 Prozent hinnehmen.

Damit geht es den Musikunternehmen in Deutschland aber immer noch besser als beispielsweise im Vereinigten Königreich. Dort sackte der Umsatz 2010 um 11 Prozent ab. Die Briten haben damit ihren dritten Rang im internationalen Musikbusiness an Deutschland verloren. Von den Spitzenreitern USA und Japan ist die Bundesrepublik allerdings noch weit entfernt. Ganz anders sieht es aus, wenn man sich nur das Internetgeschäft anschaut:

Der Umsatzanteil der Musikkäufe über das Internet wuchs in Deutschland zwischen 2002 und 2010 von 9 auf 34 Prozent.

Musikdownloads steuern gut ein Zehntel – 166 Millionen Euro – zum Gesamtumsatz bei. Das bedeutet eine Verzehnfachung in nur sieben Jahren. Insgesamt läuft das Geschäft der Musikkonzerne in Deutschland aber hauptsächlich über althergebrachte Tonträger – CDs, DVDs und Schallplatten. In den USA dagegen machen Downloads bereits die Hälfte des Umsatzes aus.

Derzeit werden im Internet weltweit rund 13 Millionen Titel ange-



boten. Drei Viertel des gesamten Online-Umsatzes entfallen auf Downloads auf den heimischen PC. Mobile Anwendungen erreichen gerade einmal 3 Prozent und konnten zuletzt auch nicht mehr zulegen.

PC-Downloads haben beim Umsatz auch deshalb die Nase vorn, weil auf diesem Weg überwiegend Alben heruntergeladen werden. Auf mobilen Geräten wie Smartphones landen dagegen eher einzelne Titel, sogenannte à-la-carte-Downloads.

Verantwortlich für den unterm Strich rückläufigen Umsatz der Branche sind vor allem sinkende Preise, denn an der Nachfrage liegt es nicht.

Im Jahr 2010 gingen fast 100 Millionen CDs über die Ladentheken; bei den Downloads waren es 75 Millionen – ein Absatzplus von insgesamt 5,6 Prozent gegenüber 2009.

Die Musikbranche setzt ihre Hoffnungen nun auf Veranstaltungen wie

die Popkomm diesen Monat in Berlin, spricht auf einen Mix aus Fachmesse, Kongress und Festival, der sowohl ökonomische als auch kulturelle Impulse setzt.

Für die Musikfans haben natürlich die Stars selbst die größere Strahlkraft. Und die verdienen mit, wenn ihre Songs im heimischen Regal oder Dateienordner landen: Sie erhalten in der Regel rund ein Zehntel des Ladenpreises – im Schnitt sind das knapp 1,60 Euro pro CD. Weitere 4 Prozent gehen an die Autoren der Titel.

Problematisch für die Branche bleibt allerdings die hohe Zahl illegaler Downloads. Immerhin sind die Konzerne in den vergangenen Jahren juristisch erfolgreich dagegen vorgegangen. Wurden in Deutschland im Jahr 2003 schätzungsweise rund 600 Millionen Musiktitel illegal runtergeladen, waren es 2010 nur noch die Hälfte.

Ein Personalkompass für Unternehmen

Personalpolitik. Fehlender Nachwuchs und alternde Belegschaften stellen die Unternehmen in Deutschland vor große Herausforderungen. Das vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln erarbeitete Handbuch „PersonalKompass“ zeigt vor allem kleinen und mittleren Unternehmen den Weg zu einer modernen Personalpolitik.

Laut einer aktuellen Studie der Unternehmensberatung Kienbaum bezeichnen acht von zehn Unternehmen in der Bundesrepublik Demografie und strategische Personalplanung als eine große bzw. mittlere Herausforderung (Tabelle).

Ein vielversprechender Ansatz, diese zu meistern, ist eine betriebliche Personalpolitik, die sich am Lebenszyklus der Arbeitnehmer orientiert. Mit Hilfe dieser Strategie verfolgen Unternehmen das Ziel, ihre Mitarbeiter durch passende Rahmenbedingungen und Förderstrukturen in jeder Lebensphase leistungsfähig, leistungsbereit und motiviert zu halten.

Herausforderungen für die Personaler

Angaben in Prozent

	Große Herausforderung	Mittlere Herausforderung	Niedrige Herausforderung
Besetzung von Schlüsselpositionen	49	31	15
Demografie und strategische Personalplanung	45	33	13
Attraktivität als Arbeitgeber	44	39	14
Talent-Management	31	49	14
Nachfolge-Management	26	39	29
Strategische Ausrichtung des Personalbereichs	25	37	24

Rest zu 100: keine Herausforderung oder keine Angabe; Befragung von 198 Personalverantwortlichen führender Unternehmen im deutschsprachigen Raum im Juni 2011; Quelle: Kienbaum

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 35

Früher begann die Bildungszeit mit der Einschulung und endete mit dem Abschluss der Berufsausbildung oder des Studiums – heute ist lebenslanges Lernen angesagt. Auch die veränderte Planung des Familienlebens und unterschiedliche Lebensentwürfe führen zu individuellen Biografien.

Wie Unternehmen eine Personalpolitik etablieren, die auf die individuellen Lebensläufe ihrer Mitarbeiter eingeht, zeigt der „PersonalKompass“ des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. Das Handbuch beschreibt insgesamt elf verschiedene Handlungsfelder, darunter die Personalgewinnung und die Karriereplanung. Für jeden Bereich gibt es

personalpolitische Instrumente, die nach dem Baukastenprinzip zusammengestellt sind.



Der „PersonalKompass“ wird am 21. September auf der Abschlussveranstaltung des personalpolitischen Projekts PriMa vorgestellt. Anmeldungen unter prima@iwkoeln.de, Programm unter www.menschenunternehmen-zukunft.de.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwd wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.